

Die Bank und die Bombe

Hiesige Geldhäuser investieren Milliarden in Rüstungskonzerne. So pflegt die Deutsche Bank Kontakte zu den Herstellern von Atomwaffen

Johannes Supe

Am Donnerstag stellten die Menschenrechtsorganisationen Facing Finance und Urgewald in Berlin ihren Bericht über die Umtriebe deutscher Geldinstitute vor. Im Papier unter dem Titel »Die Waffen meiner Bank« werden deren Investitionen in Rüstungsunternehmen dargestellt. Der zentrale Befund der Studie: Erst das Geld der Banken hält die Waffenindustrie am Laufen.

»Die Banken wissen sehr genau, dass die Renditen mit Waffengeschäften verlockend hoch sind«, sagte Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance (deutsch etwa: Der Finanzindustrie die Stirn bieten). Doch den Profiten stünden enorme menschliche Opfer gegenüber. Regionen, die früher mit Gewehren überschüttet worden seien, gelten heute als instabil. So etwa Syrien oder Afghanistan. In den Konflikten kämen dann zumeist Unschuldige ums Leben. Von zehn Toten seien neun Zivilisten, sagte Küchenmeister. Zudem fördere der Handel mit Gewehren und Kanonen die Korruption. »Aber das scheinen die Banken zu übersehen.«

Folgt man der Erhebung, dann haben deutsche Banken in den vergangenen Jahren Milliarden in die Rüstungsindustrie investiert. Am stärksten wären demnach die Deutsche Bank und die Commerzbank in Geschäfte mit Waffenherstellern involviert. Zwischen 2012 und 2015 habe die Deutsche Bank rund 1,5 Milliarden Euro dafür eingesetzt. Die Weitergabe der Millionen erfolgte dabei einerseits in Form von Krediten. Andererseits versorgten die Geldhäuser Rüstungsunternehmen auch mit Kapital durch Anleihe- und Aktion-Emissionen. Sogar die Bayern LB, eine Landesbank, ist in das Geschäft mit Rüstungsgütern involviert, bei 656 Millionen Euro liegen ihren Einsatz in dem Bereich.

Doch vermutlich sind diese Zahlen nicht korrekt – weil sie zu niedrig sein dürften. »Es gibt keine Transparenz«, sagte Barbara Happe von Urgewald. Die Banken seien nicht verpflichtet, Auskünfte über ihre Investitionen im Rüstungsbereich zu machen. Frage man bei ihnen diesbezüglich nach, würden sich die Geldhäuser auf ihr Geschäftsgeheimnis berufen.

Um überhaupt an Daten zu kommen, arbeiteten Facing Finance und Urgewald mit einem niederländischen Recherchezentrum zusammen. Das durchforstete Finanzdatenbanken nach Krediten an Waffenhersteller. Doch nur teilweise seien die dort gefundenen Informationen direkt zu verwerten gewesen. Ein Beispiel dafür schilderte Küchenmeister: »Wir sahen etwa, dass ein Unternehmen einen Kredit von 500 Millionen Euro bekam, bewilligt von acht Banken. Viel mehr weiß man nicht.« Welches Institut wieviel gab, ließ sich nur mutmaßen. Und die meisten Geschäfte seien in den Datenbanken ohnehin nicht zu finden. Als die Menschenrechtsorganisationen die zusammengetragenen Daten den Banken vorlegten, wollten diese sie nicht bestätigen.

»Die Vertreter der Banken sagen uns, sie seien für unser Anliegen die falschen Adressaten. Sie würden ja nur legale Geschäfte betreiben. Wir sollten also lieber mit der Rüstungsindustrie oder dem Parlament sprechen«, so Urgewald-Aktivistin Happe. Doch dieses Argument sei nicht stichhaltig. Die Finanzierung durch die Geldhäuser mache viele Rüstungsgeschäfte und die Entwicklung neuer Waffen möglich. Zudem würden die unterstützten Konzerne ihre Rüstungsgüter oft in Krisenregionen exportieren.

Sicher sei auch: Die Finanzunternehmen sind stark mit der Waffenindustrie verwoben. Die Deutsche Bank unterhalte etwa Geschäftsbeziehungen zu acht der zehn größten Rüstungskonzernen der Welt. Alle von ihnen seien in die Herstellung von Atomwaffen verstrickt. Im Bericht heißt es weiter: »Auch deutsche Rüstungsschmieden wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann oder Heckler & Koch gehören zum Kundenkreis der Bank.« Demgegenüber stütze die Bayern LB neben ThyssenKrupp auch den US-Konzern Northrop Grumman. Das Unternehmen gehört zu den führenden Herstellern von Drohnen.

Zwar hätten viele Institute Richtlinien verabschiedet, durch die ihr Engagement für mehr Waffen eingedämmt werden sollte. Viel wert seien die aber nicht. »Die deutsche Finanzindustrie kennt kaum Hemmschwellen, wenn es darum geht, Rüstungsgeschäfte zu machen«, sagte Happe. Die eigenen Vorgaben ließen meist Schlupflöcher. So sei zwar bisweilen die Finanzierung von Waffenausfuhren untersagt. »Aber kaum ein Unternehmen stellt einen Antrag nach dem Motto ›Unterstütze meinen Export‹.« Statt dessen würden an die Rüstungskonzerne meist Kredite vergeben, die die »allgemeine Geschäftstätigkeit« fördern sollen. Daran geknüpfte Bedingungen gebe es dabei nicht. »Mit dem Geld kann das Unternehmen dann machen, was es will«, ergänzte

Küchenmeister.

Bisweilen würden auch einfache Sparer direkt in die Geschäfte mit hineingezogen. Denen werde als Teil der privaten Altersvorsorge die Beteiligung an Aktienfonds empfohlen. Doch in ihnen würden sich nicht selten Anteile der Waffenhersteller verbergen. »Es kann also sein, dass sie Stück für Stück Anteile eines der größten U-Boot-Hersteller der Welt erwerben, von Thyssen-Krupp«, so Küchenmeister.

Es sind aber nicht nur die Großbanken der Bundesrepublik, die in Waffen machen. Nur alternative Geldinstitute wie die Ethikbank kamen bei der Erhebung gut weg. Doch sogar bei kirchlichen Banken würden Fonds wie die oben beschriebenen angeboten. Zu vermuten stehe auch, dass die Verstrickung der Banken mit der Industrie noch weiter reiche, als bereits beschrieben. Thomas Küchenmeister zeigte sich sicher: »Unsere Untersuchung hat nur die Spitze des Eisbergs aufgezeigt.«

Die Studie im Netz: kurzlink.de/Bankinvestitionen

<http://www.jungewelt.de/2016/04-08/038.php>